

Wien im ersten Kriegsjahr.**Der Bericht des Bürgermeisters.**

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner ein großzügiges Bild der Tätigkeit der Gemeinde im ersten Kriegsjahr. Die Ziffern des Berichtes sind imponierend. Der Aufwand für Lebensmittel betrug 78 Millionen Kronen, 440,000 Personen stehen im Genusse von Unterhaltsbeiträgen, die bereits die Summe von 60 Millionen Kronen erreicht haben. Mit lebhafter Genugtuung darf man das Lob registrieren, das der Bürgermeister der Tätigkeit der Frauenarbeitskomitees zollt. Ohne Unterschied der Parteistellung haben sich die Damen zur Hilfsfähigkeit vereinigt, die geradezu imponierende Erfolge aufzuweisen hat. Die Vor Sorge auf sanitärem Gebiete darf der allgemeinen Anerkennung sicher sein.

Wir lassen nun den interessanten Bericht des Bürgermeisters nach der „Kathauskorrespondenz“ folgen:

Am 28. Juli 1914 erfolgte die Kriegserklärung an Serbien und mit diesem Tage beginnt das Kriegsjahr. Am 29. Juli 1914 fand eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates statt und am selben Tage die erste Stadtratsitzung nach Kriegsbeginn. Die erste Obmännerkonferenz wurde am 28. Juli abgehalten. Im Kriegsjahre 1914/15 fanden statt: 63 Sitzungen des Stadtrates, 24 Sitzungen der Obmännerkonferenz, 7 der Zentralstelle, 2 Sitzungen des Barackenkomitees, 1 Sitzung des Röhrenkomitees und 2 Sitzungen der Sanitätskonferenz. Wenn ich auf die Kriegseinstellungen der Gemeinde zu sprechen komme, glaube ich in erster Linie darauf hinweisen zu müssen, wie die Gemeinde für ihre Angestellten gesorgt hat.

Fürsorge für die Angestellten.

Ich erinnere an den Beschluß, welcher die Fürsorge für die anlässlich des Krieges zur militärischen Dienstleistung eingerückten städtischen Angestellten beinhaltete. Soweit den Angestellten durch eigene Vorschriften nicht ohnehin schon vor dem Kriege auch für den Mobilisierungsfall ihre Stellen gewahrt und Bezüge und Beförderungen zugesichert waren, wurden entsprechende Verfügungen durch Stadtrat und Gemeinderat sofort nach Kriegsausbruch geschaffen. Den Sinterbliebenen der im Felde gefallenen Angestellten werden Versorgungsgenüsse grundsätzlich auch für den Fall gewährt, wenn der Angestellte noch nicht pensionsberechtigt war. In Berücksichtigung der allgemeinen und empfindlichen Teuerung hat die Gemeinde ihren Angestellten, soweit sie unter einem bestimmten Dienstbezug bleiben, eine entsprechende Kriegszulage bewilligt, die sich nach Maßgabe der im Haushalte befindlichen Kinder erhöht. Der Umfang der Angestelltenfürsorge erhellt klar aus folgenden Ziffern: Die Kosten für die Angestelltenfürsorge rücksichtlich der magistratischen Angestellten betrug bisher 2,300,000 K., rücksichtlich der Lehrpersonen und Schuldiener 3,000,000 K., rücksichtlich der Angestellten bei den städtischen Unternehmungen 5,414,800 K., im gesamten mithin 10,714,800 K. An Kriegszulagen hat die Gemeinde seit 1. Mai d. J. an magistratische Angestellte 240,000 K., an Lehrpersonen und Schuldiener 65,000 K. und an Angestellte bei den Unternehmungen der Gemeinde 477,600 K., zusammen also 782,000 K. ausbezahlt. Auf ein Jahr bezogen, wird daher die Kriegszulage mit weit über 3 Millionen Kronen das städtische Budget belasten.

60 Millionen Kronen Unterhaltsbeiträge.

Wenn ich auf die Unterstützungen übergehe, die an die Familien der Eingezogenen, sei es aus dem staatlichen Unterhaltsbeitrag, sei es aus den Mitteln der Zentralstelle, gewährt worden sind, dann habe ich in erster Linie mitzuteilen, daß die staatlichen Unterhaltsbeiträge nach dem Stande vom 4. August dieses Jahres an 180,709 Parteien gezahlt werden,

so daß man sagen kann, es stehen rund 400,000 Personen in Wien im Genusse des staatlichen Unterhaltsbeitrages. Das Ergebnis der Erhebungen über die ausgezahlten Summen wurde nur in ungefähren Zahlen angegeben, aber auch diese beweisen, wie segensreich das Gesetz vom Jahre 1912 gewirkt hat. Es sind in Wien allein rund 60 Millionen Kronen bisher an staatlichen Unterhaltsbeiträgen gezahlt worden.

Außerdem wurde mit den Mitteln der Zentralstelle helfend eingegriffen, und zwar stehen jetzt 3528 Personen im Genusse laufender Unterstützungen; diese erfordern monatlich 107,900 K. und wurden bisher für diesen Zweck 1,018,920 K. ausgegeben. An einmaligen Unterstützungen wurden von der Zentralstelle 285,347 K. gewährt. Die Ausspeisung kostete bisher 1,266,439 K., die Näh- und Strickstuben erforderten 387,269 K., an Subventionen wurden 403,544 K. gegeben usw.

Die galizischen Flüchtlinge in Wien haben dem Staate bisher mehr als 18 Millionen gekostet. Das sind wohl Ziffern, die erheblich ins Gewicht fallen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf zu sprechen kommen, was die Gemeinde an Subventionen geleistet hat. Die Gemeinde hat, teils aus eigenen Mitteln, teils aus den Mitteln der Zentralstelle, folgende Subventionierungen vorgenommen: An das Rote Kreuz 300,000 K., an die Organisation der Fürsorge für Handelsangestellte 290,000 K., an den Wiener Wärmestuben- und Wohltätigkeitsverein 40,000 K., an das Künstlerfürsorgekomitee 25,000 K.; wir haben aber auch eigene Aufträge an die Künstler erteilt, die sich als Notstandsarbeiten im besten Sinne des Wortes darstellen.

Die Uebernahme von Kreditgarantien.

Eine wichtige Aktion der Gemeinde war nach meiner Meinung die Uebernahme von Kreditgarantien; so hat die Gemeinde für die Kriegskreditbank für Wien und Niederösterreich eine Ausfallgarantie bis zum Betrage von zwei Millionen Kronen übernommen; diese Bank soll vor allem dem Gewerbebestande helfen. Wir haben weiter für die nach dem Muster der Kriegskreditbank in Form einer Aktiengesellschaft gegründete Wiener Mietdarlehenskasse eine Ausfallgarantie bis zum Betrage von einer Million Kronen übernommen. Wir haben für die von der Kriegskreditbank an Kunstgewerbebetreibende zu gewährenden Akzeptkredite eine Haftung bis zum Betrage von 50,000 K. übernommen. Dann kommt noch eine andre wichtige Aktion dazu. Wir haben den Kreditverein der Zentralparlasse der Gemeinde Wien mit einer Million Kronen höher dotiert, und wir können wohl mit Stolz darauf hinweisen, daß dieser Kreditverein während des Krieges eine erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Die Zahl der Kreditnehmer seit Kriegsausbruch beträgt 111 mit einer Kreditsumme von 936,300 K. Berücksichtigt wurden 58 Kreditnehmer mit einer Kreditsumme von 497,400 K. Diese Summe stellt die Gesamthöhe der seit Kriegsausbruch bisher gewährten Kredite dar. Der Mitgliederstand beträgt derzeit 445 mit einer Kreditsumme von 2,938,900 K. Der Umsatz des Kreditvereines in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Juli 1915 beziffert sich mit Rücksicht auf die für Approvisionierungszwecke durchgeführten Transaktionen auf 37,895,918 K.